

Beschluss des Studierendenparlamentes vom 21. Mai 2015

Das Studierendenparlament beschließt als Programmatik für den AStA der Legislatur 2015/2016 folgende Leitlinien:

AStA-Inhalte

1. Präambel

„Demnach ist nicht die Schuldenumstrukturierung, sondern ihre Abwesenheit „unmoralisch“.[...] Eine Währungsunion bedeutet, dass für Mitgliedsländer eine Abwertung nicht als Ausweg aus der Misere in Betracht kommt, doch das Mindestmaß an europäischer Solidarität, dass mit diesem Verlust politischer Flexibilität einhergehen muss, ist einfach nicht vorhanden.

Vor siebzig Jahren, am Ende des Zweiten Weltkriegs, haben die Alliierten erkannt, dass Deutschland die Möglichkeit eines Neuanfangs gegeben werden muss. [...] Stattdessen haben sie nicht nur die Schulden erlassen; sie haben tatsächlich Hilfgelder gezahlt [...].

Es kommt nur selten vor, dass demokratische Wahlen eine derart klare Botschaft aussenden wie gerade die in Griechenland. [...]

Es ist zu hoffen, dass sich diejenigen, die verstehen wie die Ökonomie von Schulden und Austerität funktioniert und an Demokratie und menschliche Werte glauben, durchsetzen werden. Ob es Ihnen gelingt, werden wir sehen.“

Joseph E. Stiglitz, A Greek Morality Tale, Project Syndicate

Weil die gesellschaftlichen Verhältnisse geprägt sind durch Jahrzehnte des zerstörerischen Neoliberalismus und extremer sozialer Ungerechtigkeit, ökonomischer Ungleichheit, Ausbeutung, Krieg und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und es dagegen zunehmend soziale Proteste gibt, befinden wir uns in einer Zeit des Wandels. TINA (There-is-no-Alternative) und Neoliberalismus sind eindrücklich gescheitert. Die Wahlen in Griechenland, genau wie die Hoffnung auf ähnliche Wahlergebnisse in Spanien und die Student*innenbewegung in Amsterdam, für Demokratie und gegen kommerzialisierte Bildung, zeigen: Austeritätspolitik muss und kann mit einer humanen, friedlichen und nachhaltigen Alternative überwunden werden. Joseph Stiglitz sagte nach der Wahl in Griechenland, dass es richtig wäre wenn sich Demokratie und menschliche Werte gegen die Politik der Austerität durchsetzen würden, die Frage des Gelingens lässt er offen. In diesem

Sinne stehen der Wahlerfolg von SYRIZA und der Kampf der griechischen Bevölkerung exemplarisch für eben jene Hoffnung auf Gelingen. Gemeinsam mit SYRIZA in Griechenland ist die soziale Bewegung in ganz Europa Aufbruchsstimmung für die Lösung der humanitären Katastrophe. Wir wollen auch hier Teil der Aufbruchsstimmung gegen die Politik der vermeintlichen Alternativlosigkeit sein.

Die Verfasste Studierendenschaft der Universität Hamburg hat sich im „Heißen Herbst“ vorgenommen, *„mit allen solidarisch gemeinsam [zu] kämpfen, die für eine politische Wende zu Gunsten des Ausbaues von Sozialem, Kultur, Demokratie und Gesundheit streiten“*. Denn *„entscheidend ist, dass die Hochschulen Wissenschaft betreiben im Dienst des Menschen, z.B. für eine zivile Entwicklung und intakte Umwelt, Vollbeschäftigung, die Erweiterung demokratischer Mitbestimmung, günstiges Wohnen, ein Gesundheitswesen, das seinen Namen verdient und allen zugängliche Bildungs-, Kultur-, und Sozialeinrichtungen.“* (VV-Resolution vom 27. November 2014)

In diesem Sinne wurde gegen die politisch gewollte Unterfinanzierung und die damit einhergehende „unternehmerische Hochschule“ mit Drittmittelabhängigkeit und Bachelor-Master-Repression hochschul- und mitgliedergruppenübergreifend eine neue Stufe der Kooperation für gesellschaftlich verantwortliche Wissenschaft und die Bildung mündiger Menschen entwickelt, die wir weiter ausbauen müssen. Auch stadtweit (u.a. im Rotstift-Bündnis) waren wir gegen die Ökonomisierung aller Lebensbereiche aktiv für die soziale und kulturelle Teilhabe aller Menschen durch bedarfsgemäße Finanzierung der öffentlichen Bereiche. Opposition überzeugt!

Mit dem Verständnis der Universität in gesellschaftlicher Verantwortung gehen wir gegen die „unternehmerische Hochschule“ vor, denn die Universität ermöglicht die Erarbeitung der wissenschaftlichen Grundlage der Gesellschaftsreform und hat die Aufgabe der Umsetzung der Erkenntnisse. Innerhalb der Uni zeigt die VS durch ihren Einsatz für ein Studieren an gesellschaftlichen Schlüsselproblemen, kritisch reflexiv, interessengeleitet, solidarisch und kooperativ, der Vereinzelung der Ökonomie den Gegenentwurf.

Die Studien- und Universitätsreform als Ausdruck dieses Prozesses, führen wir weiter, z.B. in den Möglichkeiten und Herausforderungen des neuen HmbHG mit Grundordnungsreform und RPO Einführung, die eine weiterreichende Demokratisierung und eine gesamtuniversitäre Entrestriktionierung des Studiums ermöglichen. Es ist unsere Aufgabe die Möglichkeiten gegen die inneruniversitären Widerstände, die Ausdruck der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse sind, durchzusetzen. Gemeinsam in neuer Qualität und Quantität müssen wir inneruniversitär die begonnene Überwindung der Humankapital-Ideologie fortsetzen und alle Universitätsmitglieder als Gleiche unter Gleichen in einem dauerhaften und egalitären Lehr-Lern-Verhältnis, der Bildung mündiger Menschen verpflichten (begonnen u.a. durch die Abschaffung von Studienfristen und des ABK-Bereichs, sowie die anstehende Einführung einer „Experimentierklausel“).

Dafür sind der Wunsch nach Veränderung und der Wille nach Menschlichkeit der Studierenden und aller Menschen zu wecken. Wir wollen ermutigen, dass diese Anliegen zu aktivem, solidarischem Engagement für humane Veränderungen werden. Hierbei hat die Verfasste Studierendenschaft als erkämpfter Zusammenschluss solidarischer Interessenvertretung die Möglichkeit und die Verantwortung, eine oppositionelle, emanzipatorische Kultur als Initiative für Verbesserungen zu leben: es ist richtig, weil menschlich, das Bachelor-Master-System, als Ausdruck der gescheiterten neoliberalen Ideologie, falsch zu finden und gemeinsam die menschenwürdige Alternative zum Status quo zu bilden. In Weiterführung der Demo vom 9.12. werden wir gemeinsam mit Aktiven und Solchen die es werden wollen, eine breite Bewegung für die Demokratie, soziale Verbesserungen, emanzipatorische Hochschulreform als kritische Einmischung in

gesellschaftliche Grundauseinandersetzungen – Frieden, Antifaschismus, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit - bilden.

Obwohl sich unsere Analysen und Weltanschauungen teilweise unterscheiden mögen, werden wir durch unsere gemeinsame Arbeit vermehrt ein Zusammenhang, der offensiv und streitbar die Alternative einer solidarischen Gesellschaft bildet und dadurch Teil einer gesamteuropäischen Bewegung der Hoffnung ist. In gemeinsamer Ambition vereint, wirklich etwas verbessern zu wollen, hin zu einem aufgeklärten, demokratischen, sozial entwickelten und ökologisch nachhaltigem Gemeinwesen, werden wir in Studierendenschaft, Universität und Stadt aktiv.

2. Wissenschaft, Frieden und Ethik

„Der Kampf um die Messbarkeit des Himmels ist gewonnen durch Zweifel; durch Gläubigkeit muss der Kampf der römischen Hausfrau um Milch immer aufs Neue verlorengehen. Die Wissenschaft, Sarti, hat mit beiden Kämpfen zu tun. [...] Ich halte dafür, dass das einzige Ziel der Wissenschaft darin besteht, die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern. Wenn Wissenschaftler, eingeschüchtert durch selbstsüchtige Machthaber, sich damit begnügen, Wissen um des Wissens willen aufzuhäufen, kann die Wissenschaft zum Krüppel gemacht werden, und eure neuen Maschinen mögen nur neue Drangsale bedeuten. Ihr mögt mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein.[...]Hätte ich widerstanden, hätten die Naturwissenschaftler etwas wie den hippokratischen Eid der Ärzte entwickeln können, das Gelöbnis, ihr Wissen einzig zum Wohle der Menschheit anzuwenden! [...] Und ich überlieferte mein Wissen den Machthabern, es zu gebrauchen, es nicht zu gebrauchen, es zu missbrauchen, ganz, wie es ihren Zwecken diene. Ich habe meinen Beruf verraten. Ein Mensch, der das tut, was ich getan habe, kann in den Reihen der Wissenschaftler nicht geduldet werden.“

Bertolt Brecht, Leben des Galilei, 1939

Wissenschaft besteht darin die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern. Damit ist gerade jetzt eine zentrale Aufgabe der Wissenschaft solidarische Erkenntnisarbeit für den Frieden zu leisten. Sie muss auf die Überwindung (struktureller) Gewalt orientiert sein. „Gewalt liegt dann vor, wenn Menschen so beeinflusst werden, dass ihre aktuelle somatische [körperliche] und geistige Verwirklichung geringer ist als ihre potentielle Verwirklichung.“ (Johann Galtung). Krieg ist die brutalste Zuspitzung struktureller Gewalt. Frieden dagegen ist mehr als die Abwesenheit von Krieg - Frieden bedeutet die soziale, kulturelle und demokratische Entfaltung aller Menschen und die Wahrung der natürlichen Lebensgrundlage, dadurch und dafür ist inter- und intragenerationale Gerechtigkeit und die Herrschaft von Allen und damit niemandem gegeben.

Die Forschung der Universität verändert die Gegenwart und Zukunft. Um eine friedliche, gerechte und nachhaltige Entwicklung der Welt zu gewährleisten, muss auch die Forschung der Universität sich an dieser Maxime messen lassen. Ziel ist nicht nur ein schlichtes Verbot offensichtlicher Militärforschung, sondern vielmehr ein gesamtuniversitäres Verständnis und ein übergreifender Wunsch aller Mitglieder, in ihrer jeweiligen Tätigkeit, für diese Entwicklung einzutreten. Dagegen steht eine Wissenschaft, die abhängig von Drittmitteln ist, der jeder Weg recht ist, um an zweifelhafte Erkenntnisse zu kommen, oder die in totaler Abwesenheit von Gedanken über ihre möglichen Folgen passiert. Der AStA engagiert sich für

eine freie, verantwortungsbewusste Forschung und damit auch Lehre, die sich klar für Frieden, Gerechtigkeit und eine Nachhaltige Entwicklung einsetzt. Um diese Ziele zu fördern wirkt der AStA für eine Zivilklausel.

Die Zerstörung von Menschen und ihrer Lebensgrundlagen ist für uns keine Wissenschaft, deshalb ist Rüstungs- und Kriegsforschung an den Hamburger Hochschulen aufzudecken, zu verhindern und komplett zu verunmöglichen. Dafür sind umfassende basisdemokratische Informations-, Beteiligungs- und Entscheidungsrechte der Mitglieder und ihrer Gremien erforderlich. Mit einer ergänzenden Transparenzklausel können Forschungsvorhaben, (Dritt-)Mittelvergaben und Interessen der Auftraggeber*innen zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung gemacht werden.

Damit Wissenschaft die Verbesserung der Verhältnisse ermöglichen kann, muss sie essentiell kritisch sein. Damit ist nicht (nur) gemeint, die Ansätze anderer Wissenschaftler*innen zu kritisieren, sondern die Zusammenhänge zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu erkennen, einzuordnen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Wissenschaft leitet sich aus der Gesellschaft ab, wird daran gemessen und wirkt darauf zurück. Das Ziel von kritischer Wissenschaft ist es, eine freie, solidarische und demokratische Gesellschaft zu ermöglichen. Das kritische der Wissenschaft entfaltet sich durch eine positiv bestimmte Freiheit der wissenschaftlich Arbeitenden. Dafür ist ein kritischer Austausch der Wissenschaftler*innen untereinander und der Uni als Teil der Gesellschaft und außerdem der Streit um das bessere Argument essentiell. Forschungsfragestellungen, Forschungsergebnisse und Lehrinhalte müssen in demokratischer Struktur reflektiert und bewertet werden. Auch eine engere Verzahnung der unterschiedlichen Disziplinen erschwert die Fehlorientierung der einzelnen. Nur der interdisziplinäre Blick kann ein ganzheitliches Bild der Gesellschaft erzeugen.

Der AStA setzt sich insbesondere für folgendes ein:

- eine Zivilklausel (eine verbindliche, gesetzliche Festlegung der Hochschulen, dafür, dass sie mit zivilen Mitteln zu einer friedlichen und zivilen Entwicklung der Gesellschaft beitragen)
- die Abschaffung von Tierversuchen,
- durch Hochschulen selbstbestimmte Forschung,
- die Abschaffung des Drittmittelwahnsinns,
- volle Transparenz der Forschung,
- mehr Lehre zum Thema Ethik und Raum für ethische Hinterfragung der eigenen Wissenschaft,
- uniweite Diskussionen über ethische Maßstäbe der Wissenschaft,
- Kooperation mit Friedensforschungseinrichtungen,
- stärkeres Aufgreifen der Forschung von Wissenschaftler*innen die sich kritisch mit der bürgerlichen Gesellschaft befasst,
- rassistische, chauvinistische, faschistische und ähnliche Ideologien aus der Wissenschaft drängen

3. Hochschulpolitik

Studienreform: „Erkenne Dich selbst!“ statt „Verwertere Dich selbst!“

Die Bologna-Reform, verdichtet in der Erklärung von 1999, ist am Ende. Die beabsichtigte „flexible“ Zurichtung der Studierenden auf kurzfristige Verwertungserwartungen steht erheblich in der Kritik, weil sie nur Niveausenkung und Depression verbreitet, entgegen dem gesellschaftlichen Erfordernis und Anspruch nach massenhafter selbständig-kooperativer,

wissenschaftlicher Qualifizierung.

Mit den Dies Academici 2012, 2013 und 2014 und den folgenden Debatten ist der Prozess der Befreiung der Studienordnungen von antisozialen und wissenschaftsfremden Restriktionen weit vorangetrieben worden und muss – gegen verwertungsideologische Verzweiflungskämpfe (vor allem aus der BWL heraus) – vollendet werden. Die Grundlage und den Ausblick bilden für diese erfreuliche Entwicklung die inhaltliche Neubestimmung des Studiums im Sinne des Leitbildes sowie die Renaissance der Humboldt'schen Bildungstraditionen auf Höhe der Zeit. Alle Wissenschaft zur „*Entwicklung einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft bei[zu]tragen*“ und sich an den Grundsätzen einer „*ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung*“ (Leitbild) orientieren. Auf der strukturellen Ebene erfordert dies die Durchsetzung des Masters als Regelabschluss der Bologna-Studiengänge.

Die Aufgabe der Studienreform besteht darin, wissenschaftliches Lernen als solidarische Aneignung der Welt für ihre menschenwürdige und friedliche Gestaltung inhaltlich und strukturell neu zu bestimmen, um auch die Bedingungen für entsprechendes Engagement stetig zu verbessern. Eckpfeiler dieser Entwicklung sollten sein:

- Kritischer Gesellschaftsbezug als Durchdringung der realen Verhältnisse für das solidarisch gestaltende gesellschaftliche Eingreifen. Entsprechend eine interdisziplinäre Bearbeitung und gemeinsame Bestimmung epochaltypischer Schlüsselprobleme und ständige, historisch bewusste kritisch-reflexive Auseinandersetzung mit Wissenschaftsverantwortung, –kultur und –verständnis mit Auswirkungen in den einzelnen Fächern.
- Ein egalitäres Lehr-/Lernverhältnis in Einheit von Lehre und Forschung mit der Perspektive, Prüfungen, Noten, Leistungspunkte zu Gunsten kooperativer Rückmeldungen im Lehr-Lern-Prozess zurückzudrängen und schließlich überflüssig zu machen, sowie die Abschaffung der Anwesenheitspflicht zu vollenden.
- Demokratische Festlegung der Lehrinhalte statt starrer Modularisierung und Wissenskanonisierung zur interessensgeleiteten Bestimmung der Studieninhalte.
- Überwindung von „ABK“ zugunsten kooperations- und kritikfördernder Projektorientierung als „Labor“ für das gesamte Studium.
- Ausbau der allgemeinbildenden Anteile im Studium.
- Verbesserung der Orientierung im Studium durch Weiterentwicklung der Orientierungseinheiten(OE), Übergang Schule/Studium, der Einführungsphase und Ausbau von Tutor*innenprogrammen. Dabei sollte die konzeptionelle und inhaltliche Gestaltung und Hauptverantwortung der Umsetzung der OEn bei den Fachschaftsräten liegen und in Kooperation mit dem gesamten Fachbereich realisiert werden.
- Mehr Muße für kritische Reflexion, solidarische Lernkultur und argumentative Diskussionskultur im Studium. Darüber hinaus muss auch wissenschaftlich die Beschäftigung mit dem Subjekt in gesellschaftlichen Bezügen, exemplarisch, ermöglicht werden, für die erweiterte Subjektwerdung aller. Dafür ist min. die Abschaffung der Fristen zu vollenden und die Möglichkeit zur Zwangsexmatrikulation aufzuheben.
- Internationale Solidarität als praktische Verbesserung der Studienbedingungen der über 12 Prozent „ausländischen“ Studierenden.

Der forcierten Konkurrenz unter Studierenden durch die Bachelor-Master-Quälerei setzt der AStA eine bezugnehmende, solidarische Praxis entgegen, die alle in ihrer Ablehnung bestärkt und ermutigt mit die emanzipatorische Studienreform zu betreiben. Statt der Enge des Bologna-Systems zu entsprechen, weitet der AStA den Horizont durch die Diskussion der großen Fragen unserer Zeit.

Demokratie: Rationale Gestaltung – dauerhaft, von allen und für alle

Demokratisierung der Universität dient der rationalen, produktiven Auseinandersetzung für die gemeinsame Positionsbildung und Entscheidung darüber, wie Universität ihrer gesellschaftlichen Verantwortung am besten gerecht wird. Dafür sollen alle Mitglieder der Universität gleiche mündige Subjekte der gemeinsamen Gestaltung von Wissenschaft und ihrer Institution werden und die soziale Öffnung der Hochschulen durchsetzen, um so insbesondere die Verwertungsorientierung der Wissenschaften überwinden zu können. Deswegen setzt der AStA sich in Zusammenarbeit mit den anderen Gruppen, insbesondere mit dem Technischen-, Verwaltungs- und Bibliothekspersonal dafür ein, dass die „Kultur des Misstrauens“ als Folge der Kommerzialisierung und Hierarchisierung ursächlich erkannt und überwunden wird.

Positive Maßstäbe für das Eingreifen des AStAs bilden unter anderem:

- Die Hamburger Universitätsreform von 1969, die auf die Gleichberechtigung aller Mitglieder zielte und so u.a. eine paritätische Besetzung von demokratisch gewählten Gremien umsetzte.
- Die Grundordnung der Universität von 2003, die durch den CDU/Schill/FDP-Senat blockiert wurde, in der einem vernünftigen Verhältnis von allgemeiner und dezentraler Selbstverwaltung sowie der hohen Gewichtung der Gremien im Verhältnis zu den Leitungsfunktionen Gestalt gegeben wurde.
- Die massenhafte Aufmerksamkeit und kritisches Eingreifen bei der letzten Präsident*innenfindung 2009, im „Kampf um die Zukunft“ und im „Heißen Herbst“, welche die Möglichkeit und Wirksamkeit demokratischer Partizipation tendenziell aller gezeigt haben.
- Die Dies Academici als initiative, gruppenübergreifend kooperative Entwicklung von Maßstäben und Vorhaben zur Studienreform für die Bildung mündiger Menschen.
- Die entwickelten positiv orientierten Gremienstellungen zur HmbHG-Novellierung für die allgemeinwohlorientierte Bestimmung der Wissenschaft und ihrer Institutionen, mit denen trotz einer insgesamt unzureichenden Novellierung einige Verbesserungen (u.a. „Dritte Ebene“) erkämpft werden konnten.

Die Reform des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) muss nun dringend wieder angegangen werden. Mit ihr ist zu verbinden:

- Die Überwindung der anordnenden und konkurrenzschürenden Ziel- und Leistungsvereinbarungen, und die Bestimmung der bedarfsdeckenden Finanzierung der Hochschulen anhand aller ihrer Aufgaben.

- Beseitigung der anti-kooperativen, anti-kritischen leistungs- und belastungsorientierten Mittelvergabe.
- Die Überwindung prekärer Arbeitsverhältnisse: Dazu müssen u.a. alle an der Uni Beschäftigten (wie Hausmeister*innen, Pförtner*innen und Reinigungskräfte) Mitglieder der Universität werden, damit sie in die demokratischen Prozesse an der Universität eingebunden werden können.
- Die Beseitigung des Zwangs zum Studium Bologna.
- Die Beseitigung der Möglichkeit zur Zwangsexmatrikulation.
- Die Abschaffung des Hochschulrats, weil er unmittelbar ökonomische Einzelinteressen in die Hochschulen tragen soll.
- Die erhebliche Stärkung des universitären Gesamtzusammenhangs (einschließlich UKE).
- Die Erweiterung der Entscheidungsmöglichkeiten demokratisch gewählter Gremien anstelle autokratischer Leitungsorgane, insbesondere die Bestimmung der Hochschulentwicklung und die Stärkung demokratischer Wahlen in den akademischen Gremien.
- Stärkere Demokratisierung: Das umfasst die Erweiterung der Entscheidungsmöglichkeiten gewählter Gremien anstelle autokratischer Leitungsorgane, insbesondere die Bestimmung der Hochschulentwicklung und die Stärkung demokratischer Wahlen in den akademischen Gremien und eine demokratischere, viertelparitätische Zusammensetzung der Gremien.
- Die Ausweitung der Befugnisse einer demokratischen Selbstverwaltungsebene unterhalb der Fakultät.
- Die eindeutige Verankerung der Fachschaftsräte als Organe der Verfassten Studierendenschaft.
- Die Verankerung des politischen Mandats der VS.

Der AStA nimmt sich vor, die gebildeten Maßstäbe in kritischer Auseinandersetzung mit dem geltenden Hochschulgesetz jetzt schon zu realisieren. Mit dieser Haltung bringt sich der AStA in die inneruniversitären Reformen (Grundordnungs- und Rahmenprüfungsordnungserarbeitung) ein.

Darüber hinaus verknüpft der AStA die Tätigkeiten auf den verschiedenen Ebenen der Verfassten Studierendenschaft und der akademischen Selbstverwaltung zu studentischem und gruppenübergreifendem Engagement. Er klärt dauerhaft über politische Partizipationsmöglichkeiten von Studierenden auf und schafft und erweitert diese (z.B. durch Vollversammlungen zur übergreifenden Positionsbildung und für gemeinsame Schlussfolgerungen, sowie Ratschläge, Seminare etc. zur Vertiefung). Das Studierendenparlament soll als zentrales Diskussionsforum stärker belebt werden und dafür soll die ganze VS und insbesondere die Fachschaftsräte zur Beteiligung an der Arbeit des

StuPa ermuntert werden.

4. Olympia

Während den Menschen dieser Stadt mit „Feuer und Flamme“ Olympia schön geredet wird, maßgeblich von Handelskammer und Senat, statt durch Sportler*innen und Kulturbegeisterte, formiert sich ein **breites gesellschaftliches Bündnis** dagegen, unter dem Motto „*Etwas Besseres als Olympia*“. Ziel ist es ein klares JA für eine humane Stadtentwicklung und damit GEGEN Olympia beim Referendum im Herbst zu erreichen. Als AStA streiten wir als Teil des Bündnisses gegen eine weitere Zuspitzung der auch zutiefst asozialen und umweltzerstörerischen Stadtentwicklung, die zu Gunsten einiger Weniger, sich gegen Alle, die nicht ins Raster passen (Menschen unterhalb der Armutsgrenze, Geflüchtete etc.) wendet und uns alle in unserer gesellschaftlichen Teilhabe massiv einschränkt. Wir treten weiter für die bedarfsgerechte Finanzierung aller öffentlichen Bereiche ein, sodass alle Menschen unabhängig vom Geldbeutel ihr Recht auf soziale und kulturelle Teilhabe wahrnehmen können.

Dafür brauchen wir aber etwas Besseres als Spiele ohne Brot!

Der AStA wird zusammen mit dem Studierendenparlament seine analytischen Positionen zur Kritik an Olympia in den kommenden Wochen weiter ausbauen.

5. Ökologie und Nachhaltige Entwicklung

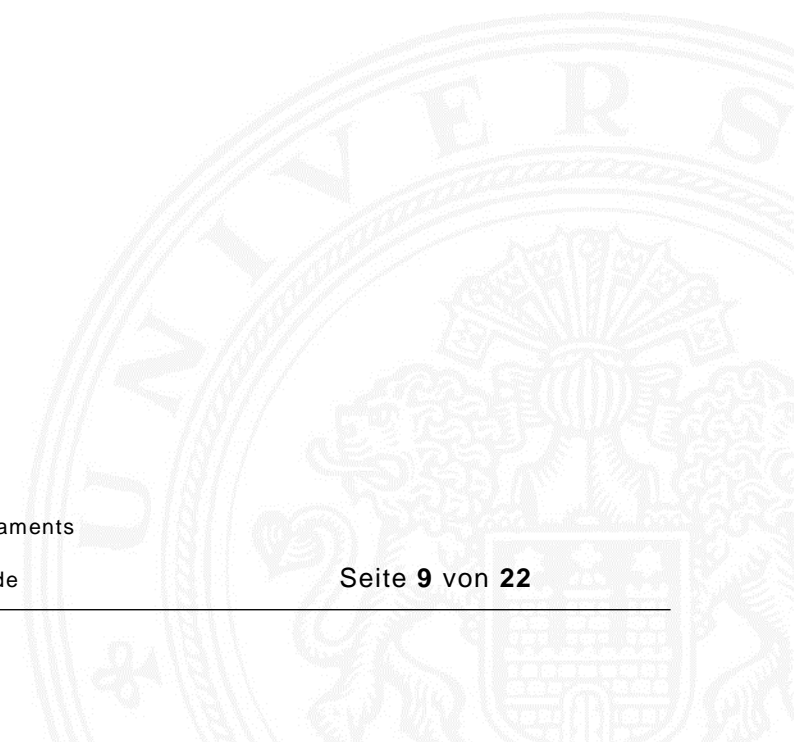
Selbstverständnis

Der Mensch steht in einem Austauschverhältnis zur Natur, er schöpft alle seine lebensnotwendigen materiellen Ressourcen aus der Umwelt. Diese Ressourcen sind jedoch, so effizient sie mit dem technologischen Fortschritt auch genutzt werden mögen, natürlich begrenzt. Diese Tatsache steht einem Wirtschaftskonzept, dass auf unendliches Wachstum für Gewinnmaximierung ausgelegt und durch ungleiche Eigentums- und Machtverhältnisse gekennzeichnet ist, entgegen. Der daraus resultierende, kurzsichtige und zerstörerische Umgang mit der Natur hat bereits jetzt massive Schäden der Umwelt zur Folge. Viele dieser Schäden sind nicht ohne weiteres umkehrbar und können bestimmte Ressourcen für den Menschen für sehr lange Zeit verderben (z.B. Wasser). Wird dieses Verhalten fortgeführt, bedeutet das eine massive Einschränkung aller jetzt und zukünftig lebenden Menschen.

Um das zu vermeiden, muss statt Profitmaximierung durch grenzenloses Wachstum eine dynamische, nachhaltige Entwicklung, d.h. einer, der es jetzt und zukünftig lebenden Menschen ermöglicht, sich selbständig und uneingeschränkt zu entwickeln, treten. Dafür muss an Stelle der Wirtschaftswachstum erzwingenden Ideologie des Kapitalismus eine stärker demokratische Entscheidungskultur des Produktionsprozesses für eine Erfüllung der Grundrechte treten. Der AStA setzt sich vor diesem Hintergrund dafür ein, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Gesellschaft als zentrale Frage unserer Zeit noch stärker zum Inhalt der wissenschaftlichen Erkenntnisarbeit (in Forschung, Lehre und Bildung) an der Universität Hamburg zu machen und weiter wissenschaftspolitisch an der Lösung der Aufgaben zu arbeiten. Dazu gehört auch, den institutionellen Wandel zur nachhaltigen Entwicklung der Universität Hamburg anzustoßen und zu formen. In der Lehre setzen wir uns mit dem Konzept „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ auseinander. Bildung soll es dem Individuum ermöglichen, aktiv an der Analyse und Bewertung von Entwicklungsprozessen mit ökologischer, ökonomischer und sozio-kultureller Bedeutung teilzuhaben, sich an Kriterien der Nachhaltigkeit im eigenen Leben zu orientieren und nachhaltige Entwicklungsprozesse gemeinsam mit anderen lokal wie global in Gang zu setzen.

Wir müssen uns aus der passiven Konsument*innenhaltung herausarbeiten und die ökologische Frage selbst in die Hand nehmen. Dafür müssen wir uns mit den gesellschaftlichen Kräften anlegen, die von der derzeitigen Eigentums- und Machtverteilung profitieren. Nachhaltigkeit ist die eingreifende Kritik des Bestehenden und umfasst auch soziokulturelle Aspekte.

Viele Menschen sind motiviert sich positiv einzubringen und verbessernd zu agieren. Oft scheitert der Erfolg an fehlender Organisation und dem Reduzieren auf die Konsumkritik. Als AStA ist es unsere Aufgabe Projekte und Aktionen zu unterstützen, zu politisieren und in die gemeinsame Arbeit einzubinden. Auch wenn die jeweiligen Ansätze eher konsumkritisch oder auf Wohlfühlelemente im Bestehenden ausgerichtet sind, so können diese Ansatzpunkte für Verbesserungen sein und bilden den Ansatz unser Bündnis quantitativ zu erweitern. Dafür muss Infrastruktur, Geld und die vernetzende Funktion des AStA genutzt werden. Es wird gemeinsam durch politische Bildung die Bewusstseinsänderung für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft, weg von Wachstumszwang und profitorientierter kapitalistischer Produktionsweise, voran gebracht.



Konkrete Projekte:

Klimakonferenz

Im Rahmen der Vereinten Nationen verhandelt die Weltgemeinschaft über ein Regelwerk zu Klimaschutz. Dieses Abkommen soll das auslaufende Kyoto-Protokoll ersetzen, das derzeit (unverbindliche) Emissionsminderungsziele für gewisse Industrienationen enthält. Die vergangenen Weltklimagipfel konnten die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen. Neben der enormen Trägheit des Verhandlungsprozesses und des Versäumnisses in der Vergangenheit ein verbindliches Abkommen zu schaffen, stellt sich die Frage, inwiefern ein solcher top-down Ansatz die Probleme lösen kann.

Es gibt innerhalb der Weltklimakonferenz kaum Bestrebungen das kapitalistische System infrage zu stellen. Stattdessen wird die Idee einer Green Economy propagiert, die wirtschaftliches Wachstum weiterhin generieren soll - nur grüner. Ein System, das ursächlich für die Umweltproblematik ist, kann diese Krise nicht lösen.

Deshalb animiert der AStA Studierende zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Weltklimakonferenz und zeigt Defizite und Möglichkeiten eines weltweiten Einigungsprozesses auf staatlicher Ebene auf.

TTIP

Freihandelsabkommen, allen voran TTIP, CETA und TISA verfolgen sowohl die Liberalisierung der Märkte als auch eine verstärkte Privatisierung vieler öffentlicher Bereiche. Dies steht essentiell gegen unser Verständnis von gesellschaftlicher Entwicklung, beschrieben in Präambel und dem Selbstverständnis.

Konkret steht TTIP auch im Bildungs- und Umweltbereich für einen dramatischen Rückschritt. Das Beispiel von Moorburg und dem Verfahren vor einem privaten Schiedsgericht zwischen Staat und Vattenfall und die daraus resultierende Senkung der Standards im Umweltbereich und die deswegen jetzt drohenden Millionenzahlungen an die EU beweisen den schädlichen Einfluss auf die politische Souveränität und damit unserer aller Wirkungsmacht. [1]

Auch Bildungswesen, also u.A. die Hochschullandschaft, wird sich durch TTIP im schlimmsten Fall radikal verändern. Die Idee von staatlicher finanzierter Bildung im Gegensatz zur Ware, ausgeführt in der unternehmerischen Hochschule, könnte durch die Hintertür damit weiter forciert werden.

Der AStA beteiligt sich deshalb weiterhin an den internationalen Protesten gegen TTIP und für einen solidarischen Welthandel in dem unser aller Interesse die Entwicklung der Standards in Umwelt und Gesellschaft überall ist.

[1] <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-04/private-schiedsgerichte-verfahren-ttip-deutschland-europa-aerger>

Recycling und Mülltrennung

Das Benutzen von Recyceltem Material und die Vermeidung von Müll sollten offensichtlicher weise Standard sein. Weil gesellschaftlich aber dagegen vorgegangen wird um weiteres Wachstum zu ermöglichen arbeitet der AStA für die Möglichkeit auch jetzt schon sinnvoll zu handeln.

Deshalb werden natürlich auch Recyclingshop und Station fortgeführt.

Energie

Strom aus erneuerbaren Energiequellen ist nicht nur günstig, sondern steht, anders als die Fossilen Energieträger, auch im Ausreichenden, nahezu unbegrenzten Maß zur Verfügung. Deshalb ist es absolut rational Energie aus regenerativen Quellen zu beziehen.

Dagegen stehen zentralistische und monopolistische Konzerne die auf fossiler Energieerzeugung aufgebaut sind. Um den durch massiven CO2 Ausstoß beschleunigten

Klimawandel nicht noch weiter zu verschlimmern sondern zu verlangsamen, muss u.a. ein Großteil der fossilen Energiereserven im Boden verbleiben. Im vergangenen Jahr hatte die Kohle kombiniert einen Anteil von 43,6% an der Energieversorgung. Dabei ist Kohlestrom einer der schlimmsten Treibhausgas Erzeuger. So lässt dich das ohnehin schon viel zu niedrige „Klimaziel“ von Deutschland, bis 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen um 40% zu reduzieren nicht erreichen. Nicht nur die katastrophalen CO₂ Bilanz des Kohlestroms erfordern einen schnellen Kohleausstieg sondern auch die andern ökologischen und sozialen Folgen. Im Tagebau werden Ökosysteme zerstört, Grundwasser und Boden geschädigt, Umsiedlungen ganzer Dörfer zerstören Gemeinschaften und die gesundheitlichen Folgen von Kohleabbau und -verbrennung sind ebenfalls fatal. Kohlekraftwerke erzeugen zwei Drittel der jährlichen hoch toxischen Quecksilberverunreinigungen der Luft.

Der AStA beteiligt sich an bundesweiten Protesten und bringt sich in Hamburger Gruppen ein, die den Kohleausstieg befürworten. Denn ein Wechsel zu Anbietern die sich dem widersetzen wird die Energiebranche nicht einfach so verändern. Deshalb arbeitet der AStA politisch für die Energiewende. Um den Prozess hier zu unterstützen wird in der Studierendenschaft Aufklärungsarbeit gegen Atom/Kohle-Lobby und deren Mythen gemacht. Gemeinsam haben wir in Hamburg den Volksentscheid zum Netzzrückkauf gewonnen. Dieser ist weiterhin nicht vollständig umgesetzt und bildet deshalb den Anfang des Streits gegen Energieriesen und für eine dezentrale und erneuerbare Energieversorgung.

Weil Menschen nachdem sie die jetzige Energiewirtschaft ablehnen natürlich auch selbst nicht mehr Teil davon sein wollen informiert der AStA über die Simplizität des Stromanbieter Wechsels.

Tierversuche

Der AStA sorgt für eine Veröffentlichung der bisherigen Erkenntnisse zu den Tierversuchen an der Uni Hamburg und neue zusammengetragen. Diese soll auch in Zusammenarbeit mit den betroffenen FSRen geschehen. Das Ziel ist es, keine Tiere unsinnig zu verbrauchen, sondern die Nutzung bereits entwickelter innovativer Methoden zu nutzen. Wenn das Verwenden von Tieren zur Fort- und Weiterbildung nicht vermieden werden kann, setzt sich der AStA für die Möglichkeit ein, Seminare aus ethischen, moralischen oder persönlichen Gründen nicht zu belegen und dennoch das Studium erfolgreich abschließen zu können. Es darf aber nicht passieren, dass Tierversuche aus profitorientierten Gründen durchgeführt werden. Besonders die Übertragbarkeit von Ergebnissen von Tierversuchen auf den Menschen wird kritisch gesehen.

Lebensmittel und deren Verschwendung

Weil Lebensmittelverschwendung falsch ist, in diesem System aber angelegt, arbeitet der AStA solange wir den Neoliberalismus noch nicht überwunden haben für Möglichkeiten sich diesen Auswirkungen nicht zu beugen. Die Aktiven in dem Bereich sind potentielle Bündnispartner*innen im gemeinsamen Kampf für eine Transformation des Systems.

Deshalb wird auch der Fair Teiler im AStA erhalten und unterstützt.

Lebensmittel müssen regional, saisonal, biologisch und fair angebaut werden ohne unnötige Zerstörung der Böden oder dem unnötigen Quälen der Tiere. Ein Ansatz für eine sinnvolle Produktionsweise im Agrarbereich ist die solidarische Landwirtschaft. Exemplarisch daran und der Frage der Verallgemeinerung, könnte man sehr gut die gesamtgesellschaftliche Transformation bearbeiten.

Natürlich handelt der AStA, so es in seinen Möglichkeiten steht, auch jetzt schon auf diesen Prämissen.

Urban Gardening

Betonwüsten sind nicht die Stadtentwicklung in der Menschen sich wohl fühlen. Gerade eine

enge Verknüpfung von Natur und Gesellschaft schaffen eine konstruktive Umgebung für alle Menschen. Exemplarisch für den Prozess, Städte als Lebensraum und nicht als Verwertungsballungszentrum, zu begreifen sind Urban Gardening Ansätze. Menschen die in dem Bereich aktiv sind unterstützen unsere Vorstellung einer humanen Stadtentwicklung. Die Beschäftigung darüber hinaus mit Themen der Artenvielfalt und des Saatgutes tragen zur politischen Bildung bei und lassen Widersprüche zwischen Anspruch und Realität erkennen. Deshalb unterstützen wir das Urban Gardening Projekt.

6. Soziales

Bei der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 einigte sich die UN-Generalversammlung darauf, ein weitergehendes Vertragswerk entstehen zu lassen, das die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte der Weltbevölkerung erfassen sollte. Im Jahr 1950 begann die Menschenrechtskommission mit der entsprechenden Ausarbeitung und bereits 1955 lag ein Vorschlag vor, der bis 1966 diskutiert und dann verabschiedet wurde:

„Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966. Die Vertragsstaaten dieses Paktes in der Erwägung, dass nach den in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Grundsätze die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft innewohnenden Würde und der Gleichheit und Unveräußerlichkeit ihrer Rechte die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet, in der Erkenntnis, dass sich diese Rechte aus der dem Menschen innewohnenden Würde herleiten, in der Erkenntnis, dass nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte das Ideal vom freien Menschen, der frei von Furcht und Not lebt, nur verwirklicht werden kann, wenn Verhältnisse geschaffen werden, in denen jeder seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ebenso wie seine bürgerlichen und politischen Rechte genießen kann, in der Erwägung, dass die Charta der Vereinten Nationen die Staaten verpflichtet, die allgemeine und wirksame Achtung der Rechte und Freiheiten des Menschen zu fördern, im Hinblick darauf, dass der einzelne gegenüber seinen Mitmenschen und der Gemeinschaft, der er angehört, Pflichten hat und gehalten ist, für die Förderung und Achtung der in diesem Pakt anerkannten Rechte einzutreten vereinbaren folgende Artikel.“

(Präambel des UN-Sozialpakts)

Die Genese dieses Weltentwicklungsprogramms mitten im „Kalten Krieg“ beweist, dass nach zwei Weltkriegen und dem Einsatz der Atombombe universell und systemübergreifend die Einsicht gereift war, dem Frieden durch internationale Kooperation zum Durchbruch zu verhelfen. Dieses Ergebnis fußt also auf den Kämpfen um eine Welt des Friedens, der Gleichheit und der Demokratie, die als Allianz der Humanität vom deutschen Faschismus befreiten und den Weltkrieg beendeten. Für die Einlösung der damaligen Versprechen und damit anschließend an diese Humanisierungsambitionen orientiert sich der AStA an den positiven Maßstäben des UN-Sozialpakts in seiner Tätigkeit und insbesondere in der Bündnispolitik.

Mit dem Bezug auf den Hamburger Ausdruck einer solchen Kompromissfindung, die Präambel der Hamburgischen Verfassung, als Ambition die darin gefassten positiven Maßstäbe – Frieden, soziale Gleichheit und umfassende Demokratie – zu verwirklichen, hat

das „Bündnis gegen Rotstift“ unter anderem im November 2014 lautstark und lebendig für eine bedarfsgerechte Finanzierung der öffentlichen Einrichtungen demonstriert. Der AStA beteiligt sich weiter daran, diese Aktivitäten erheblich auszubauen – hin auf eine stadtweite praxisrelevante Debatte über eine menschenwürdige Orientierung öffentlicher Einrichtungen, von Arbeit und Politik. Dabei muss die Ideologie und Praxis der Schuldenbremse geknackt werden.

Im reichen Hamburg und der exportstarken BRD, einem Zentrum der Weltwirtschaft, hat dieses Engagement – besonders vor dem Hintergrund des griechischen Frühlings – internationale Bedeutung: Wenn auch hier der Durchbruch gegen die menschenfeindliche Austeritätspolitik gelingt, ist er in ganz Europa nur schwer aufzuhalten.

In der aktuellen Schuldenbremse manifestiert sich eine Politik, die der menschenwürdigen Entwicklung aller Menschen als solcher fundamental entgegensteht. Ausgaben für öffentliche Bereiche werden unter dem selbstgeschaffenen, vermeintlichen Sachzwang der Schuldenbremse trotz des gesellschaftlichen Reichtums immer stärker zusammen gekürzt. Daher ist dies ein zentrales Feld der Auseinandersetzung, denn Master für alle, entwicklungsfreundliche Lehr- und Lernbedingungen, Ausbau demokratischer Teilhabe, sozialer und studentischer Wohnungsbau, Ausbau der Universität – all das verlangt gesellschaftlich sinnvolle Mehrausgaben. Allgemein muss darauf hingewirkt werden, dass die Ausgaben durch höhere Staatseinnahmen (durch u.a. Erbschaftssteuer, Vermögensabgabe, Eintreiben von höheren Steuern von Unternehmen und Erhöhung des Spitzensteuersatzes) gedeckt werden.

Zudem muss auch der versuchten Ausrichtung aller Lebensbereiche nach Unternehmerischen Vorbild, also auf Profit orientiert, entgegengewirkt werden. Denn Bildung, demokratische Teilhabe, gesellschaftlich sinnvoller Wohnungsbau und Nahverkehr, lassen sich nicht „unternehmerisch“ organisieren, sondern müssen im Sinne der Allgemeinheit gestaltet und durch diese realisiert werden.

Der AStA tritt daher für die bedarfsgerechte Erhöhung der staatlichen Grundzuweisung ein - zur kooperativen und interdisziplinären Entwicklung der Fächervielfalt zum allgemeinen Wohl. Damit wirkt er der konkurrenzschürenden Mangelverwaltung entgegen.

Insbesondere bestärkt der AStA die Kommiliton*innen, Uni-Mitglieder und Bevölkerung darin, mit Unmut und Ablehnung des aktuellen Systems richtig zu liegen, um für das gemeinsame Bilden der Alternative zu ermutigen. Dafür vertieft der AStA auch die Kritik an der „belastungs- und leistungsorientierten Mittelvergabe“ und dem Drittmittelboom, die der Zurichtung der Wissenschaften auf Marktkonformität dienen, anstatt der notwendigen Humanisierung des (internationalen) Zusammenlebens.

In der Universität wird damit zudem die Perspektive für die tatsächliche soziale Öffnung geschaffen. Das beinhaltet das Engagement

- für die Abschaffung der Verwaltungsgebühr,
- für den bedarfsgerechten Ausbau von Studienplätzen, insbesondere für den Master als Regelabschluss der Bologna-Studiengänge,
- für die Überwindung des Numerus Clausus und der Studiehürden für Menschen ohne Abitur, gesichertem Aufenthaltsstatus und nicht vorhandenem akademischen Hintergrund.
- für die Erweiterung des BAföG zum elternunabhängigen, zeitlich unbegrenzten Vollzuschuss,
- für eine zügige Umwandlung des Semesterticket-Härtefonds in einen Sozialfonds,

- für einen sozialverträglichen und ökologischen, öffentlich finanzierten Personen(nah)verkehr mit dem Zwischenziel der Senkung des Semesterticketpreises.
- für den öffentlich finanzierten Ausbau des Studierendenwerks, und
- für einen radikalen Kurswechsel in der Stadtentwicklung zu Gunsten wirklich sozialer Wohnungs(bau)politik.
- für die Abschaffung des Rundfunkbeitrags zu Gunsten einer sozial gestalteten Finanzierung des Öffentlichen Rundfunks.

Im Sinne einer echten sozialen Öffnung wirkt der AStA dafür, dass mehr Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ein Hochschulstudium in Betracht ziehen und aufnehmen können.

Die Sozialpolitik des AStA geht von den spezifischen sozialen Belangen der (potentiell) Studierenden aus und entwickelt daraus Aufklärung und kollektive Aktivitäten für substanzielle Reformen. Durch die so praktizierte Solidarität werden die Bedingungen des Studiums und emanzipatorischen Engagements für Alle verbessert. Die Sozialpolitik des AStA ist darauf gerichtet, den Ausstieg aus dem Hamsterrad für alle sofort zu ermöglichen.

Dieser Anspruch orientiert die Bündnispolitik mit anderen ASten, den Gewerkschaften, Sozialverbänden, progressiven Akteuren und Bündnissen, sowie mit Initiativen.

Durch die verwertungskonforme Zurichtung der Hochschulen und Wissenschaft haben sich die Stresssymptome unter den Studierenden enorm erhöht. Die Ursache ist vor allem in den mangelnden Entscheidungs- und Gestaltungsmöglichkeiten in der Studiengestaltung sowie der Entfremdung durch verwertungskonforme Studieninhalte zu finden. Der AStA wird in einer Veranstaltungsreihe anhand der Symptome Stress, Medikamentenkonsum und psychischem Leiden deren gesellschafts- und hochschulpolitische Ursachen beleuchten sowie zur kollektiven Veränderung dieser ermuntern.

Die Beratung des AStAs ist die subjektzentrierte Bearbeitung gesamtgesellschaftlicher Probleme und in diesem Sinne zentraler Bestandteil des Kampfes um die kollektive Erweiterung der Handlungsfähigkeit Studierender. Studienbedingungen müssen so gestaltet sein, dass die soziale Reproduktion und kulturelle Betätigung der Studierenden ermöglicht wird. Die Arbeitsbedingungen von studentischen Angestellten, Wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen und Technischem- und Verwaltungspersonal müssen im Sinne der Ermöglichung von sozial unbedrängter Tätigkeit und gesellschaftlich verantwortlicher Wissenschaft dringend verbessert werden.

7. Antidiskriminierung

Selbstverständnis

Diskriminierungen sind Ausschluss- und Unterdrückungsmechanismen innerhalb der Gesellschaft. Sie wirken dadurch, dass soziale Kategorien naturalisiert und damit zur Legitimation der Ausschluss- und Unterdrückungsmechanismen gesellschaftlich spaltend benutzt werden. Sie wirken für die Aufrechterhaltung der aktuellen Herrschaftsverhältnisse, die geprägt sind von extremer sozialer Ungleichheit. Der derzeitige gemeinsame gesellschaftliche Bezugsrahmen der Wirkungsweise der Diskriminierungen ist der Kapitalismus. In diesem Sinne stehen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Nationalismus etc. in starker Verschränkung mit ökonomischer Ausbeutung. Diese verstetigen

und befördern sich wechselseitig. Zudem können sich soziale Kategorien wie Gender, Ethnizität, Nation oder Klasse überschneiden und im Sinne von Intersektionalität Mehrfachdiskriminierungen hervorrufen, was zu einer zusätzlichen Produktion von Ausschlüssen führt und die Notwendigkeit einer umfassenden gesellschaftlichen Befreiung unterstreicht.

Der Neoliberalismus macht sich zum Ziel, die Menschen in jeder Facette ihre Lebens zu verwertbaren Objekten zu machen, die sich wirtschaftlichen Zwängen unterordnen und sich in den Dienst des nationalen Standortes stellen sollen. Diese Tendenzen haben sich während der Krise verstärkt und werden – gegen zunehmenden Widerstand - autoritär durchgesetzt. Die deutsche Krisennarration ist aufgeladen mit rassistischen Ressentiments, die zum einen auf eine Spaltung der Subalternen hinwirken und zum anderen von den gesellschaftlichen Widersprüchen, die mit dem Neoliberalismus einhergehen, ablenken sollen.

Die Wissenschaft hat die Aufgabe, diese Produktionen kritisch zu hinterfragen und sich widerständig gegen die scheinbare Alternativlosigkeit aufzulehnen: Diskriminierende Verhältnisse sind von Menschen gemacht und können somit von Menschen verändert werden. In diesem Sinne haben Wissenschaft und Universität die Aufgabe, ein aufgeklärtes Menschenbild und sozialen Fortschritt zu entwickeln und zu verbreiten, um auf eine gesellschaftliche Emanzipation hinzuwirken. Dabei ist Solidarität die Antwort auf neoliberale Verwertungs- und Vereinzelungslogiken, die zur Verschärfung von sozialer Ungleichheit führen. Die gemeinsame Basis zur Bekämpfung von gesellschaftlicher Ungleichheit bildet der gemeinsame Kampf um Verfügungserweiterung über die eigenen Lebensbedingungen in Gegnerschaft zu herrschaftsförmigen Einschränkungen, d.h. die Steigerung des gesellschaftlichen Freiheitsgrades und damit das Hinwirken auf ein friedliches Miteinander. Auch der Campus ist Aktionsfeld für rechte Strukturen. Diskriminierungen sind in der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft nicht nur am rechten Rand zu finden, sondern tief in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ verwurzelt, auch hier an der Uni. Neben der Sichtbarmachung der gesellschaftlichen Funktionsweise rechter Ideologie geht es darum dies zu bekämpfen. Denn diese können die ideologische Rechtfertigung für Diskriminierungen und Gewalttaten gegen Menschen, die als „abweichend“ konstruiert werden, bilden. In diesem Sinne mischt sich der AStA aktiv in antifaschistische und antirassistische Kämpfe ein.

Dafür arbeitet der AStA insbesondere mit den teilautonomen Referaten, aber auch mit Initiativen zusammen und in Bündnissen, die das gleiche Anliegen verfolgen, kooperativ zusammen.

In folgenden Themenfeldern verortet der AStA seine antidiskriminierende Praxis an der Universität:

Antifaschismus

Erinnerungspolitik stärken

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig! (aus dem Schwur von Buchenwald)

Der AStA steht in historischer Verantwortung. Denn die Uni Hamburg rühmte sich 1934 mit dem „Gesetz über die Neuordnung der Universität“, mit dem die Selbstverwaltung der Universität zugunsten des „Führerprinzips“ abgeschafft wurde. Die Universität Hamburg präsentierte sich in Folge dessen mit Stolz als „erste nationalsozialistische Hochschule in Deutschland“, die Ausgrenzung, Verfolgung und Vertreibung von Wissenschaftler*innen und Studierenden, die nicht in das politische, rassistische und antisemitische Weltbild passten, umsetzte. Studentische Verbindungen und der NS-Studentenbund trugen wesentlich zur Gleichschaltung der Uni bei und organisierten die Hamburger Bücherverbrennung, während

studentischer Protest sich nur schwach bzw. später artikulierte.

Das Vorbild des mutigen Engagements gegen Rassismus und Faschismus, insbesondere der Widerstandsgruppe der Weißen Rose, bildet für uns eine wesentliche Grundlage für die demokratische, aufklärerische Fortentwicklung der Universität. Aus der Geschichte zu lernen und Verantwortung zu übernehmen muss daher auch immer heißen, Erinnerungspolitik aktiv zu betreiben, Widerstand zu organisieren, die von den 1968ern erkämpfte Selbstverwaltung der Universität und die Verfasste Studierendenschaft weiterzuentwickeln, und menschenverachtender Ideologie emanzipatorische Bildung und Solidarität entgegenzustellen: 70 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus müssen wir endlich die uneingelösten Versprechen aus z.B. dem Schwur von Buchenwald einlösen „*Damit nie wieder geschehe, was damals geschah.*“ – Esther Bejarano

Rechte Kontinuitäten

Studentenverbindungen, insbesondere Burschenschaften stehen für Elitarismus, Rückwärtsgewandtheit und Anti-Emanzipation; schlagende Verbindungen auch für Gewaltverherrlichung. Die Aufgabe des AStAs muss es sein, Studentenverbindungen die Möglichkeiten zu nehmen, chauvinistische Konzepte zum Ausschluss von Frauen*, nicht-weißen Personen, Menschen mit Behinderungserfahrungen oder Menschen, die nicht der heterosexuellen Norm entsprechend leben, zu prägen und zu verbreiten. Die soziale Funktion von elitären Netzwerken muss aufgedeckt und kritisiert werden. Der AStA klärt über die Machenschaften von Studentenverbindung auf und orientiert darauf Anschlussversuche in politischen Diskursen zu benennen, zu delegitimieren und gemeinsam zurück zu drängen, damit ihnen der Nährboden entzogen werden kann. Hierfür braucht es eine gesamtgesellschaftliche solidarische Wende, die nur in Einheit mit anderen Kämpfen erreicht werden kann.

Burschenschaften, insbesondere Burschenschaften die sich im Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ organisieren, verbreiten auch 70 Jahre nach der Befreiung vom Nazifaschismus noch ihr reaktionäres, völkisches und revisionistisches Gedankengut und versuchen dieses in der Uni und gesamtgesellschaftlich salonfähig zu machen.

Krise und Nationalismus

Das Erstarken extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen wie u.a. die Alternative für Deutschland und Pegida sind Ausdruck der verheerenden politischen und ökonomischen Krise. Sie greifen Diskriminierungsformen, die tief in der Gesellschaft verwurzelt sind auf, kanalisieren und radikalisieren sie. Im europäischen Wettbewerbs- und Verdrängungskampf betonen sie die Nation als ihren Bezugsrahmen, die es gegen konstruierte „andere“ bzw. „schwächere“ zu verteidigen gelte. Sie betreiben Hetze gegen Migrant*innen, Muslime, Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden, nicht-weiße Menschen, Feminist*innen, Menschen die keiner Lohnarbeit nachgehen, Schule, Lesben, Inter- und Transpersonen und Linke. Im Rahmen der tiefgreifenden Hegemoniekrise des Kapitalismus und damit einhergehender sozialer und politischer Polarisierung sind diese Bewegungen eine reaktionäre Krisen- „Beantwortung“, die auch aufgrund fehlender offensiv vertretener linker Alternativen zum Status quo Zulauf finden. Zusammengehalten wird dies alles durch den Grundgedanken der Ungleichwertigkeit der Menschen, explizit anti-aufklärerischen Forderungen und stoischer Rückwärtsgewandtheit. Die Wahlerfolge der AfD und die Kontinuität mit der Pegida massenhaft das „verrohte Bürgertum“ (Wilhelm Heitmeyer) organisiert ist beunruhigend. Der AStA macht es sich gemeinsam zur Aufgabe Diskriminierungen und ihre Ursachen zu bekämpfen. Hierbei ist ihm bewusst, dass:

- der Neoliberalismus Konkurrenzen verschärft und die Spaltung der Gesellschaft auf eine diskriminierende Weise befördert
- die Bezugnahme auf eine vermeintliche abendländische Leitkultur und Identität dazu dient Menschen rassistisch zu diskriminieren, sie zu unterdrücken und sie von der Gesellschaft auszuschließen

Wir kämpfen für eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen gleichwertig anerkannt sind, friedlich miteinander leben können und wirtschaftliche Verwertbarkeit kein Kriterium mehr ist. Anstatt nach unten zu treten, wie es Pegida und AfD vormachen, müssen wir soziale Sicherheit und das Ende der Prekarisierung erstreiten und rassistische und chauvinistische Diskurse angreifen und enttarnen. Wir müssen – ganz im Sinne der Präambel „Alternative als Hoffnung“ - in der Krise, in der das Alte stirbt und das Neue nicht zu Welt kommen kann, eine greifbare Alternative zum Status quo und rechten Antwortversuchen bilden, um den Rechten den sozialen und ideologischen Nährboden zu entziehen.

Antirassismus

Rassistische Diskriminierungen und Ausschlüsse sind fester Bestandteil des Alltags und der Gesellschaftsstrukturen. Der antirassistische Anspruch an die AStA-Arbeit soll also auch in den AStA hinein wirken. Rassismus begreifen wir nicht nur als individuelles Vorurteil, sondern als Teil eines gesellschaftlichen Wertesystems indem Kategorien wie Weiß und Schwarz konstruiert und reproduziert werden. Dabei findet ein konstantes „Othering“ gegenüber Schwarzen Menschen und People of Colour (PoC) statt bei dem tatsächliche oder zugeschriebene biologische oder kulturelle Eigenschaften essentialisiert und abgewertet werden und Ungleichheit legitimiert wird. Obwohl konstitutiv für rassistische Diskurse gilt der Kolonialismus oftmals als ein abgeschlossener historischer Zeitabschnitt. Das koloniale Praxen der Expansion aber vor allem koloniales Gedankengut noch heute maßgeblich unsere Gesellschaft beeinflussen bleibt unbemerkt und die Ideologie des Kolonialismus kann sich so meist ungehindert reproduzieren. Die Sensibilisierung für koloniale Diskurse im Allgemeinen und die Aufklärung über die Tradition der Universität Hamburg und dem ehemaligen Kolonialinstitut im spezifischen sind Teil von antirassistischer Arbeit und historischer Verantwortung. Auch hier gilt: Erinnern heißt Widerstand. Weiter

macht der AStA sich zur Aufgabe, den antirassistischen Diskurs und antirassistische Arbeit auf dem Campus zu stärken und sich dabei auch für die Rechte von Geflüchteten einzusetzen. Der AStA lehnt die unmenschlichen Altersfeststellungen im Rahmen des rassistischen Asylverfahrens ab, die am Institut für Rechtsmedizin durchgeführt werden ab und fordert das Verbot des Verfahrens. Darüber hinaus fordert der AStA, die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in privaten Unterkünften und orientiert auf eine Abkehr von Lagerunterbringungen. Allen Menschen soll, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, im Rahmen der sozialen Öffnung der Universität, ein Zugang zu Wissenschaft und Bildung ermöglicht werden. Der Verfolgung und Abschiebung von Menschen muss Einhalt geboten werden. Der AStA tritt für eine antirassistische gesellschaftliche Entwicklung ein und ist sich dabei bewusst, dass Grenzen menschengemacht sind und deshalb auch von Menschen wieder abgeschafft werden können. Der Asta kämpft für die Wiederherstellung des Rechts auf Asyl, vor allem aber für die Überwindung der strukturellen Fluchtursachen.

Antisexismus

Antisexismus ist der Angriff auf die sozial konstruierten Kategorien „Männer“ und „Frauen“. Diese spaltenden Kategorien haben auch an der Hochschule die Funktion, Frauen* strukturell in ihrem Mitwirken an Wissenschaft „klein“ zu halten und auf ihrem Rücken männliche Dominanzen auszubauen. Ob durch Geschlechterklischees oder Rollenbilder legitimiert:

Der Unterdrückung von Frauen* und der Übergriffigkeit jeden Grades gilt es den Nährboden zu entziehen, indem die ihre naturalisierte Grundlage enttarnt und damit die Alternative zur Veränderung aufgezeigt wird.

Der Gleichstellungsansatz, der z.B. durch die Einführung der „Frauenquote“ aktuell an der Universität umgesetzt werden soll, ist exemplarisch dafür, dass antidiskriminierende Kämpfe nicht vereinzelt werden dürfen und mit antikapitalistischer Praxis verschränkt gesehen werden müssen: Der Gleichstellungsansatz befördert nur eine scheinbare, weil neoliberale Geschlechtergerechtigkeit, in der auch Frauen* (genauso wie Männer*) maximal in die Verwertungslogik des Arbeitsmarktes mit inbegriffen und vollständig als Wirtschaftsobjekt erschlossen werden sollen.

Dagegen wirkt der AStA für eine Frauenförderung, die auf der Selbstermächtigung der Frauen, auch in der Universität selbst, basiert. Genauso müssen die Rollenbilder in der Erziehung angegriffen werden durch eine Forschung die an der wirklichen Gleichwertigkeit der Menschen egal welchen Geschlechts Interesse hat.

Um soziale Ungleichheit zu bekämpfen und für eine emanzipatorischen Entwicklung aller, geht es darum, einen gemeinsamen Prozess der Bewusstwerdung der eigenen Unfreiheit in den wirksamen sozialen Kategorien anzustoßen und diese aufzubrechen.

8. Datenschutz, Freie Software und Open Access

Die Ökonomisierung der akademischen Publikationspraxis steht dem Ziel, Wissen und Bildung allen Menschen frei zugänglich zu machen, entschieden entgegen. Die aktuelle Praxis ist, dass der Staat Professor*innen und wissenschaftliche Mitarbeiter*innen für Forschung und Lehre bezahlt und Veröffentlichungen in Fachzeitschriften dann von den Universitäten "zurückgekauft" werden müssen, um sie den eigenen Studierenden zugänglich zu machen. Damit wird nicht nur doppelt für die gleiche Forschung bezahlt, der Öffentlichkeit werden die Forschungsergebnisse strukturell vorenthalten. Der AStA unterstützt das Konzept von Open Access, klärt darüber auf und begibt sich aktiv in den Dialog mit Studierenden und Lehrenden über Möglichkeiten der Veröffentlichung von wissenschaftlichen Arbeiten und den zu Grunde liegenden wissenschaftlichen Daten.

Auch unsere persönlichen Daten sind immer stärker dem Zugriff von Verwertungsinteressen unterworfen und zu einem wertvollen und damit lukrativen Gut geworden, das gesammelt und verwertet wird: Die Kontrolle über die Daten liegt nicht mehr beim Individuum bzw. einer demokratisch legitimierten Instanz, sondern vor allem bei privaten Großkonzernen. Dies kann weder durch Auskunftsrechte über die Daten noch durch eine Scheinzustimmung zur Datenverwertung geändert werden, sondern durch eine Politik der Datensparsamkeit, der demokratischen Verfügung der gesammelten Daten, sowie der Überwindung des Profitprinzips.

Die Universität hat viele Daten der Studierenden gespeichert: Personenbezogene Daten sind in STiNE mit Modulmeldungen, Prüfungsversuchen, Noten und Anträgen verknüpft. In der Medizin wird sogar die Anwesenheit in einem elektronischen Verfahren personenbezogen kontrolliert und gespeichert. Für die Studierenden ist intransparent, wo welche Daten wie lange von der Universität gespeichert sind und wer inner- und außeruniversitär auf diese Daten Zugriff hat. Der AStA klärt die Studierenden über ihr Recht an den eigenen Daten auf und wirkt in der Universität für eine höhere Transparenz und demokratische Verfügung, was mit den Daten der Studierenden geschieht. Der AStA reflektiert auch das Handeln der Universität und der universitären Akteur*innen kritisch unter dem Aspekt des Datenschutzes und der Datensparsamkeit. Auch alle Beschlüsse des AStA werden kritisch im Hinblick darauf beleuchtet. Der AStA vernetzt sich stadtweit zum Thema Datenschutz und überarbeitet die Arbeitsweisen im AStA.

Als Gegenkonzept zur Ökonomisierung und der Datensammelwut der Privatunternehmen unterstützt der AStA das Konzept von Freier Software und Open Source. Dazu gehört zum einen die Aufklärung von Lehrenden und Studierenden über dieses Konzept, zum anderen die Prüfung, in wie weit der AStA proprietäre Software durch freie Software ersetzen kann, und diese allen Interessierten zugänglich machen kann.

Eines der wichtigsten Softwaresysteme an der Universität Hamburg ist STiNE, welches diesen Prinzipien elementar entgegensteht. Es ist der verwaltungskulturelle Ausdruck der durch Bologna herbeigeführten Explosion von formalen Anforderungen und Restriktionen im Studium, die kontrolliert und sanktioniert werden sollten und muss daher in Einheit mit dem Bologna-System überwunden werden. Als Eigentum der Datenlotsen Informationssysteme GmbH ist STiNE kein demokratischer Teil der Universität und entzieht sich daher auch der Kontrolle universitärer Gremien. Ein Campusmanagementsystem darf nicht ökonomischen Interessen unterworfen sein, sondern es muss sich an den Bedürfnissen der Universitätsmitglieder, einem benutzerfreundlichen und barrierefreien Oberflächendesign und der Gestaltbarkeit orientieren und Datenschutzbestimmungen einhalten. In diesem Sinne ist STiNE durch ein demokratisch verwaltetes System zu ersetzen, das aus der Universität heraus entwickelt wird.

9. Kultur und Politische Bildung

Ob im Bereich der Hochschulpolitik, Ökologie oder Antidiskriminierung, die politische Aufklärungsarbeit des AStA findet in einer Vielzahl von Bereichen statt. Der AStA macht sich zur Aufgabe, zur Bildung mündiger Persönlichkeiten beizutragen und aktiv in das gesellschaftliche Geschehen einzugreifen. Entgegen der Reproduktion, Verschleierung und Legitimation destruktiver Verhältnisse muss die Universität ein Ort des kritischen Erkennens der Welt und ihrer Verbesserung sein. Dabei laufen Kultur und Bildung nicht unabhängig nebeneinander sondern bilden einen Zusammenhang. Kultur ist gestalterischer Ausdruck der

geistigen, kritischen und praktischen Auseinandersetzung und Umformung dessen, was einen täglich umgibt und ist dadurch Aufklärung.

Durch kritische Kulturveranstaltungen wendet sich der AStA gegen universitäre und gesellschaftliche Missstände, bringt diese zur Diskussion und klärt über deren Ursachen auf. Somit bietet er eine Alternative zu den kommerziellen auf reine Ablenkung gerichteten Spaßveranstaltungen.

Auch das Campus-Open-Air wird in diesem Sinne ausgestaltet, indem dort ein Fokus auf politische Aufklärung gelegt wird und durch kulturelle Beiträge von Studierenden (bspw. studentische Bands) gestaltet wird.

Des Weiteren setzt sich der AStA auch für die kulturelle Beteiligung aller Studierenden ein und fördert die kulturelle Verwirklichung dieser. Dazu entwickelt er eine neue Form der Kulturkurse, dafür können autonome Tutorien einen Anhaltspunkt bieten. Außerdem erstellt der AStA ein Alternatives Vorlesungsverzeichnis. Auch fördert der AStA die kulturelle Begegnung und Auseinandersetzung in Form der Freikarte und entwickelt diese kritisch weiter.

Die politische Bildungsarbeit des AStA soll gesellschaftliche Fragestellungen in ihrem Zusammenhang mit Auseinandersetzungen in und um die Universität und aus wissenschaftlicher Sicht, sowie hochschulpolitische Kämpfe im gesamtgesellschaftlichen Kontext beleuchten und zum gemeinsamen Eingreifen ermutigen. Exemplarisch zu nennen wäre das kritische Eingreifen zur Hamburger Olympia-Bewerbung in Form der (Mit-)Gestaltung eines NOlympia-Kongresses, Aufklärung der Studis über die Ursachen der universitären Missstände (Ausbildungskapazitätsgesetz, Hochschulrat, Senatspolitik, Neoliberalismus in Form der ‚Unternehmerischen Hochschule‘ und Bologna).

Kulturpolitik soll kritisch, nicht kommerziell sein und in Verbindung mit politischer Bildung gestaltet werden, d.h. die Verbindung von politischen Kämpfen, wissenschaftlicher Arbeit und künstlerischer Tätigkeit unternommen werden.

10.Finzen

Zu den erkämpften Möglichkeiten der Verfassten Studierendenschaft (VS) gehört es, über eigene finanzielle Mittel verfügen zu können, die durch die Mitglieder der VS aufgebracht werden.

Damit „Finzen“ häufig der restriktive, zerstörende und die Krise verschärfende Charakter aktueller staatlicher Haushaltspolitik assoziiert wird, betonen wir in scharfem Gegensatz dazu das Modell einer selbstorganisierten, sozial egalitären Ermöglichung und Erweiterung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit als Basis des finanziellen Umgangs in der VS.

Dazu bestimmen wir selbst was nötig und sinnvoll ist und legen, unter Berücksichtigung unserer sozialen Lage, die dafür benötigten finanziellen Mittel fest.

Die Tatsache, dass wir alle gemeinsam die finanziellen Mittel für die VS aufbringen verpflichtet uns, diese für progressive politische Arbeit und Zwecke zu verwenden: Zur Aufklärung über gesellschaftliche Zusammenhänge, der Organisation des Willensbildungsprozesses und der Erkenntnisbildung über die eigenen Interessen, sowie zur Initiierung und Durchführung von Aktivitäten: kurz, um die Programmatik verwirklichen zu können.

Die Transparenz und demokratische Verfügung über die Mittel ist auch Ausdruck von politischer Opposition.

Der Haushalt der VS wird transparent aufgestellt und die Ausgaben weiterhin durch detaillierte Soll- Ist- Vergleiche nachvollziehbar gemacht. Die inhaltliche Autonomie der FSRe wird geachtet und die FSRe werden formal unterstützt, so dass deren Arbeit durch die Gelder der VS ermöglicht und nicht gebremst wird.

Projekte über 100€ müssen auf der AStA- Sitzung beschlossen werden, damit alle an den demokratischen Entscheidungsprozessen teilhaben können.

Das Finanzreferat handelt so unbürokratisch wie möglich, aber so sorgfältig und korrekt wie nötig.

Ebenso müssen alle Personen die regelmäßig für den AStA arbeiten auch durch die AStA-Sitzung angestellt werden.

Die Ermöglichung gemeinsamer Kämpfe beinhaltet auch, sich gegenseitig solidarisch zu helfen. Dafür werden auch Darlehen z.B. für das Semesterticket weiterhin ermöglicht um z.B. Exmatrikulationen zu verhindern.

Die vorhandenen finanziellen Mittel werden ebenfalls so angelegt, dass sie einen möglichst ermöglichenden Charakter haben. Dafür wird auch ein Bankenwechsel evaluiert.

11. Öffentlichkeit

Aufgabe des AStA ist es nicht, die Universität für die Studierenden, sondern gemeinsam mit den Studierenden zu gestalten und zu entwickeln. Dazu ist es wichtig, die Studierenden in den Informationsfluss und die Teilhabe an den politischen Diskursen der Universität einzubeziehen.

Dazu gehört eine gute Informationspolitik aus verschiedenen hochschulpolitischen Institutionen (StuPa, AStA, AS, etc.), aber auch über die aktuellen hochschulpolitischen Auseinandersetzungen in der Stadt. Den Studierenden muss verständlich gemacht werden, welche Gestaltungsmöglichkeiten es bei welchem Thema gibt. Gerade in Zeiten von Bologna, in denen Studierende unter starkem Zeit- und Leistungsdruck stehen, ist es wichtig, Studierende zu gemeinsamen politischen Auseinandersetzungen zu ermutigen. Außerdem

müssen Konflikte für die Studierenden verständlich, Streitbar und nachvollziehbar gemacht werden.

Eine Meinungsvielfalt im AStA kann in bestimmten Veranstaltungsformen auch in eine breite Diskussion auf den Campus getragen werden, in denen verschiedene Meinungen gegeneinander gestellt werden.

Es ist Anliegen des AStA das (hochschul-)politische Interesse über den Stupa-Wahlkampf hinaus zu

wecken und mehr Studierende dafür zu begeistern, sich in der Universität zu engagieren. Wir wollen, mit verschiedenen Ansätzen und Formaten, dafür wirken, dass die politischen Auseinandersetzungen, in denen sich die Verfasste Studierendenschaft befindet, auch auf dem Campus geführt werden.

Eine funktionierende Informationspolitik benötigt:

- Kontinuität – Sowohl im Format, wie in den Erscheinungsabständen und den Inhalten.
- Medien Diversität statt Reizüberflutung durch Flyer - Beispielweise durch: Plakate, AStA-Infomails, aktuelle AStA-HP, Infoscreens, Videos in Kooperation mit TestbildTV, Aufkleber mit hochschulpolitischem Bezug etc. Provokante und irritierende Aufmachungen können dabei ein geeignetes Mittel sein, Aufmerksamkeit auf ein Thema zu lenken.
- Eine soziale Öffnung des Studiums bedeutet auch, dass Studierende mit verschiedenen Wissensständen, Bildungshintergründen und Muttersprachen an die Universität kommen. Publikationen sollten daher allgemeinverständlich und erklärend formuliert sein. Die

Voraussetzungen, die zum Verständnis eines Textes von Nöten sind, sollten so gering wie möglich gehalten werden. Häufig kann es daher sinnvoll sein, mehrere Publikationsformate für eine Veranstaltung oder ein Thema zu wählen.

- Der AStA behält das Format des "Stillen (W)Örtchens" in Form von Plakaten an den Toilettenkabinentüren mit Informationen zur aktuellen AStA-Arbeit bei.
- Der AStA informiert auch an den Außenstandorten und tritt für einen stärkeren Informationsfluss ein.
- Wir bestücken die AStA-Flyer Ständer regelmäßig.
- Der AStA gibt die Interessen der Studierenden auch nach außen (die Welt außerhalb der Universität) weiter und sorgt dafür, dass diese in der Gesellschaft (nicht nur von den Studierenden) wahrgenommen werden.
- Der AStA erobert sich seine Plakatwände zurück, um vor allem mit großflächigen Plakaten mehr Aufmerksamkeit auf Aktionen zu lenken und weniger Potential für unrechtmäßige Nutzung zu bieten.
- Der AStA richtet eine Seite ein, die zentral einen Überblick über den Stand, Geschichte und Praxis der Studienreform ermöglicht.
- Der AStA drängt die kommerziellen Nutzungen der universitären Räume und die Werbung zugunsten studentischer Nutzung auf dem Campus zurück und setzt dem eigene Publikationen entgegen.